

Klassenkampf in der Science Fiction

Was ziehe ich für die gewerkschaftliche oder betriebliche Arbeit oder für meine eigene Motivation oder für meine Kommunikation aus dem Themenbereich Science Fiction? Vor allem Hoffnung, dass es irgendwie weitergeht – im Leben, in der Gesellschaft und im Betrieb. Dazu gehören auch Anregungen, wohin die »Reise« gehen kann und wo gegenzusteuern nötig sein wird – von Entsolidarisierung bis zur unkontrollierten staatlichen Macht und der Macht von KI.

Gottfried Klein

Pädagoge und Systemsoftware-Entwickler

ehem. Betriebsratsvorsitzender bei Fujitsu Technology Solutions GmbH

In science fiction the most interesting things for me are both technological utopias and anti-utopias. It is very important to think how technologies could influence our future, how they can help either to destroy or to create. Another thing that trade unions must be concerned of: how technologies transform the society, and how unions can prevent damage and direct the development for the good of the people. And science fiction has a very important role in this process, because workers are thinking about their work and survival, business people think all about money, unions are overwhelmed with their everyday work, politician can think only 4 years into the future. And only science fiction authors have this freedom and skills to observe and predict the application of technologies, they can warn and direct all other people.

Dmitrii Kovalev

Mathematiker und 3D Computer Vision Engineer bei PlusAI, Inc.

Politische Fantasie in Zeiten asymmetrischer Hegemonie

Aaron Bruckmiller

In Marge Piercys Roman *Er, Sie und Es* (2002 [1991]) spielt ein Cyborg eine Hauptrolle. In einer Szene wird darüber verhandelt, ob dem Cyborg auch gewerkschaftliche Rechte zukommen sollen oder nicht. Bevor die Entscheidung gefällt werden kann, wird der Cyborg zerstört. Aus dem Inhalt selbst können für gewerkschaftliche Praxis also keine unmittelbaren Lösungen gewonnen werden. Könnte Science Fiction dennoch dazu beitragen, die politische Klugheit für ein ungewisses 21. Jahrhundert und darüber hinaus zu schulen? Der folgende Text ist *keine* Einführung in die Inhalte von Science Fiction oder utopischer Romane. Stattdessen versuche ich hier einen Beitrag zu leisten, um die Funktion besser verstehen zu können, die utopische und andere Fantasien für die politische Praxis unter gegenwärtigen Bedingungen haben. Das erfordert ein paar Umwege über verschiedene Theorien; aber Umwege bieten bekanntlich oft die besseren Ausblicke.

Der erste Umweg führt am Buch *Gegenrevolution* vorbei: Darin analysiert Bernard Harcourt den *Kampf der Regierungen gegen die eigenen Bürger* (2019). Er zeigt, wie das Modell der Aufstandsbekämpfung auf die US-amerikanische Innenpolitik übertragen wurden. Der Mitherausgeber der Vorlesungen Foucaults und Jura-Professor an der Columbia Universität in New York zeichnet nach, wie die Aufstandsbekämpfung als neues militärisches Leitbild entwickelt worden ist. Danach wurde sie in der Außenpolitik und später in der Innenpolitik übernommen. In diesem Leitbild wird davon ausgegangen, dass der Großteil einer zu regierenden Bevölkerung sich im Falle eines Konflikts politisch neutral verhält. Dabei ist es zentral, dass die Masse weiterhin passiv die Regierungsweise hinnimmt, die ihnen vorgesetzt wird. Diejenigen, die sich widerständig zeigen und in Protesten aktiv sind, stellen in diesem Modell stets nur eine Minderheit dar.

Ob nun im militärischen, kolonialen oder im inländischen Kontext: Die Strategie der Aufstandsbekämpfung besteht im Kern aus drei Elementen. *Erstens* werden möglichst viele Informationen und brauchbare Daten über Verhalten und Kommunikation der zu kontrollierenden Bevölkerung gesammelt. *Zweitens* müssen die Oppositionellen, die stets nur aus einer aktiven Minderheit der Bevölkerung be-

stehen, möglichst ausgeschaltet werden. *Drittens* sollte dafür gesorgt werden, dass der Großteil der Bevölkerung loyal, folgsam und daher passiv ist.

Harcourt untersucht, wie heute weit mehr als Techniken und Taktiken aus der Aufstandsbekämpfung innenpolitisch angewandt werden. Die dahinterliegende Strategie sei immer mehr in das Regierungshandeln außerhalb von Ausnahmezuständen eingegangen und in das Recht eingepflegt worden. Es ist nun das neue politische Leitbild der US-Behörden. »Die kontrainsurgente Kriegsführung ist bei uns in den Vereinigten Staaten zum neuen tonangebenden Paradigma geworden«, argumentiert Harcourt, »sowohl mit Blick auf das Ausland als auch im Inneren. Es dominiert unsere politische Vorstellungskraft« (2019, S. 25). Im 20. Jahrhundert sei die politische Vorstellungskraft noch von großen Schlachten und Atombomben geprägt gewesen, die sich in der US-amerikanischen Politik als Großentwürfe wie Roosevelts New Deal und Johnsons Great Society ausgedrückt habe. Darin wurden jeweils Bilder von politischen Programmen im gesamtgesellschaftlichen Maßstab entworfen. Später kamen dann eher kleinteilige Reformen in Mode.

Weil sich Harcourt an dieser Stelle mehr für die Analyse der herrschenden Politik interessiert und weniger für mögliche politische Antworten, geht er nicht auf die Rolle von Gegenkräften wie Gewerkschaften und anderer am sozialen Fortschritt orientierter Akteure in diesem Paradigmenwechsel ein. Wie deren politische Vorstellungen von der Kriegsführung des 20. Jahrhunderts geprägt wurde, kann anhand von Antonio Gramscis Theorie gut illustriert werden. Zeit also für einen zweiten Umweg, den dieser politische Theoretiker begleiten wird. Zuerst werde ich in diesem Text zeigen, wie Gramscis Konzepte an mittlerweile veraltete Vorstellungen vom Krieg angelehnt sind. Danach mache ich einen Vorschlag, wie sein Begriff von Hegemonie angesichts der heutigen Realität weiterentwickelt werden kann. Ich argumentiere, dass politische Fantasie ein strategischer Faktor geworden ist. Was politische Fantasie genau bedeutet, führe ich im zweiten Teil dieses Textes aus. Diesen Begriff entwickle ich dabei vor dem Hintergrund der Debatte, in der Utopien und Ideologien miteinander verglichen wurden. Maßgebliche Beiträge dafür schrieben der Soziologe Karl Mannheim, der Philosoph Paul Ricœur und die Utopieforscherin Ruth Levitas.

In diesem Text werde ich einige theoretische Beziehungen von Macht und Fantasie analysieren. Im besten Fall kann dabei etwas für praktische Politik gelernt werden. Denn wie politische Konflikte ausgehen, ist immer mehr davon geprägt, in welcher Vorstellungswelt sie geführt werden.¹

1 Dieser Text ist kein Plädoyer für eine militaristische Sprache. Vielmehr möchte ich darauf verweisen, dass bedeutsame Begriffe und Bilder in der Politik, wie sie heute funktioniert, oft militärische Wurzeln haben. »Kampagne« kommt beispielsweise aus der militärischen Sprache. Das Wort bezeichnet ursprünglich einen Feldzug. Erst später bekam es seine wirtschaftliche und politische Bedeutung. Damit ist angedeutet, dass sich das Politische oft in der

1. Asymmetrische Hegemonie

Politik in bürgerlichen Demokratien verhält sich zu der Zeit davor wie der Erste Weltkrieg zu früheren Kriegen. Das ist die auf den ersten Blick etwas sonderbare These von Antonio Gramsci.

Für das Verständnis liberalkapitalistischer Demokratien ist ihm zufolge die Zivilgesellschaft von besonderer Bedeutung. Anders als in der liberalen Vorstellung von Zivilgesellschaft, in der sie eine eigenständige Sphäre der Gesellschaft jenseits von Staat und Markt darstellt, betrachtet Gramsci die ihr zugerechneten politischen Organisationen, Freizeitvereine und Medien als Teil des Staates. Zivilgesellschaft versteht er als ein Feld von Auseinandersetzungen und nicht als statisches Gebilde mit einer bestimmten Funktion. Die Zivilgesellschaft umfasst laut Gramsci jene Institutionen, in denen sich der Konsens der Menschen bildet. Demnach wird in liberalkapitalistischen Demokratien nicht mehr nur durch Zwang, sondern vor allem durch Konsens der Beherrschten regiert. Gramsci bringt das auf die Formel »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (H. 6 § 88, S. 783).

Gramsci versuchte Fragen zu beantworten, die revolutionär Denkenden seiner Zeit beschäftigte: Warum scheiterten außerhalb Russlands die revolutionären Versuche nach dem Ersten Weltkrieg? Warum handeln viele Menschen nicht nach ihren sozialen Interessen? Mit seinem Ansatz kann Gramsci erklären, warum in wirtschaftlichen und politischen Krisen sich die regierende Klasse doch noch darauf stützen kann, dass unterdrückte und ausgebeutete Gruppen wie Arbeiter:innen sich teilweise sogar aktiv hinter die Regierung stellt. Sie sind ausreichend stark in den herrschenden Konsens eingebunden. Gramsci plädiert daher für eine Strategie, in der nicht hauptsächlich darauf orientiert werden sollte, die Zentren der politischen Macht zu erobern, um die Gesellschaft per Dekret verändern zu können. Vielmehr sollte in erster Linie versucht werden, unterschiedliche Klassen und Gruppen einzubinden, zu organisieren und eine breite Koalition für einen wesentlichen Wandel der Gesellschaft zu bilden, damit dieser auch durchgesetzt werden kann.

1.1. Krieg als politisches Gleichnis bei Antonio Gramsci

Seinen strategischen Vorschlag illustriert Gramsci mit dem Bild des Übergangs vom »Bewegungs-« zum »Stellungskrieg«: »Die massive Struktur der modernen Demo-

Vorstellungswelt des Krieges abspielt. Wer diesem Umstand nachgeht, kann etwas darüber lernen, warum es auch für die gewerkschaftliche Praxis wertvoll sein kann, sich mit dem Blick von politischen Philosophinnen und Philosophen Vorstellungen aus der Science Fiction oder Utopien zu nähern. Ich argumentiere hier also dafür, die militaristische Wirklichkeit theoretisch ernst zu nehmen. Persönlich ziehe ich ihr aber jede Wirklichkeit ohne Krieg vor.

kratien, sowohl als staatliche Organisation als auch als Komplex von Vereinigungen im zivilen Leben, bilden für die politische Kunst so etwas wie die ›Schützengräben‹ und die dauerhaften Befestigungen der Front im Stellungskrieg: sie machen das Element der Bewegung, das vorher der ›ganze‹ Krieg war, zu einem ›partiellen‹» (Gramsci, H. 13 § 7, S. 1545). Warum nutzt er diese militärischen Bilder?

Die Antwort auf diese Frage ist mehrteilig. Ein Teil ist in den Umständen zu suchen, unter denen Gramsci seine Theorie aufschrieb. Er saß während Mussolinis Faschismus im Gefängnis und musste sich darum sorgen, dass nicht jeder Zensor seinen Gedanken folgen konnte. Die militärische Sprache ist sicherlich auch eine verschlüsselte Art und Weise, in der Gramsci sich ausdrücken musste. Der andere Teil der Antwort ist etwas umfangreicher.

In Formationen, die sich wesentlich auf Zwang stützen, benötigt es Gramsci zufolge eine vergleichsweise kurze Phase der revolutionären Erhebungen, um die Verhältnisse zu ändern. In ihr können Aufständische die Repressionsapparate hinwegfegen und danach beginnen, neue gesellschaftliche Verhältnisse aufzubauen. Die Russische Revolution von 1917 war das letzte der Ereignisse dieser Art, die Gramsci mit dem Bild des »Bewegungskriegs« analysiert (H. 7 § 10, S. 867f). Die Erfahrungen der Französischen Revolution habe dazu geführt, eine Theorie der Revolution zu entwerfen, nach der die Machtzentren wie im Sturm genommen werden können. Die bis heute bekannten Symbole dieser Theorie sind der Sturm auf die Bastille und den Winterpalast in der Französischen beziehungsweise Russischen Revolution. In diesen Situationen gab es noch keine politischen Massenorganisationen, politisch-staatliche Wirksamkeit beschränkte sich auf wenige Städte oder gar nur auf Paris, die Staatsapparate waren generell noch kaum entwickelt, und die nationalen Ökonomien waren gegenüber dem Weltmarkt noch ziemlich autonom (vgl. Gramsci, H. 13 § 7, S. 1545). Das änderte sich mit dem Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise. Nun wurde der Konsens der Regierten mit dem Status quo wichtiger und der Zwang durch die Regierenden weniger wichtig, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. In einer solchen Situation ist nicht mehr viel gewonnen, wenn die staatlichen Apparate zerschlagen werden. Die Zivilgesellschaft rückt damit in den Vordergrund der strategischen Auseinandersetzung. Sobald sich eine solche ausgebildet hat, muss dort Gramsci zufolge eben zuerst ein Konsens organisiert werden, bevor die Hegemonie errungen werden kann. Diese Strategie verdeutlicht er am Bild des Stellungskriegs.

Das Bild des Stellungskriegs ist vor dem Hintergrund des Ersten Weltkriegs zu verstehen. Die Kämpfe sind damals nicht mehr wie in früheren Kriegen ausgetragen worden, indem bewegliche Armeen von ihren Führungen in großen Schlachten aufeinander geworfen wurden, um entscheidende Siege zu erringen. Stattdessen standen sich die Soldaten eher in Schützengräben gegenüber. Es wurde im Ersten Weltkrieg oft monatelang gekämpft und der Frontverlauf änderte sich kaum. Dabei

wurde nicht nur viel militärisches Material zerschossen. Es starben so viele Menschen wie noch nie zuvor in einem Krieg.

Diese neue Kriegsführung dient Gramsci nun als Gleichnis, um zu zeigen, wie in liberalen Demokratien seiner Zeit die Machtzentren nicht einfach erstürmt werden können, um von dort aus die Gesellschaft zu verändern. Denn die bürgerliche Macht wird durch die Strukturen der Zivilgesellschaft abgesichert, etwa durch Vereine für Sport und andere Hobbies, Medien, Kleinfamilie, Kitas, Schulen, Universitäten, aber auch Stadtplanung und andere Organisationen und staatliche Apparate. Um gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern oder gar neue einzuführen, ist daher ein »Stellungskrieg« notwendig, in dem die »Schützengräben« der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt stehen. Wesentliches Moment der Politik ist das Einwirken auf die Kräfteverhältnisse der Zivilgesellschaft. Das Ziel ist das Erringen einer neuen Hegemonie.

Wie aktuell sind Gramscis Hegemonieanalysen? Er entwickelte sein Denken in den Zwanzigern und Dreißigern des vergangenen Jahrhunderts. Heute hat sich die Zivilgesellschaft gewandelt, wie etwa Mimmo Porcaro analysiert: »Die Schulen, Apparate des Sozialstaats und der kulturellen Produktion sowie die Fabriken und Arbeitersiedlungen [...] wurden zersetzt und zerstückelt durch Privatisierung, Flexibilisierung, Dezentralisierung und die Verwandlung kultureller Produktion in ein kapitalistisches Unternehmen.« (2013) Porcaro plädierte deswegen vor über zehn Jahren für eine Rückkehr zur Bewegungsstrategie, da mit der linken Konzentration auf die Strukturen der Zivilgesellschaft die Hauptquartiere der Macht aus den Augen verloren worden wären. Demnach müsste sich die Linke wieder mehr auf die staatlichen Zentren und Parteienmacht konzentrieren.

Denn was bringt es, mühsam einen breiten Konsens gegen die herrschende Hegemonie aufzubauen, wenn die Regierenden gar nicht mehr auf einen solchen achten? Selbst größere Aufschreie, wie sie sich in Deutschland zum Beispiel in den riesigen Demonstrationen gegen das sogenannte Freihandelsabkommen TTIP ausdrückten, werden heutzutage einfach ausgesessen. Wenn es nun aber stimmt, dass die Herrschenden ein neues, autoritäres Paradigma verfolgen, das an der Aufstandsbekämpfung geschult ist? Harcourts eingangs vorgetragenes Argument ist meines Erachtens durchaus berechtigt. Daher halte ich es für wenig erfolgversprechend, zu Strategien zurückzukehren, die mit dem Bild des hegemonialen Stellungskampfs illustriert werden.

Aussichtsreicher wäre, für die neue Situation neue Begriffe, Bilder und Strategien zu entwickeln. Solche schlage ich im Folgenden vor.

1.2. Vom neuen Krieg zur asymmetrischen Hegemonie

Krieg ist nicht Krieg. Während des Siegeszugs des Neoliberalismus wandelte sich die Kriegsführung, die vom Konzept des älteren Stellungskrieges zu einer asym-

metrischen Strategie übergang, wie die Politikwissenschaftlerin Mary Kaldor analysiert: »Die neuen Kriege werden nun in Situationen ausgetragen, in denen die Staatseinnahmen im Gefolge wirtschaftlichen Niedergangs und sich ausbreitender Kriminalität, Korruption und Ineffizienz versiegen, in denen die Gewalt [...] zunehmend privatisiert wird und in denen somit die politische Legitimität schwindet« (2007, S. 22). Eine grundsätzliche Neuheit asymmetrischer Kriege besteht Kaldor zufolge darin, dass Kriegsparteien nun stark auf »politische Bevölkerungskontrolle« (ebd., S. 166) orientieren.

Die militärische Kontrolle des Territoriums, die in den Schützengräben des Stellungskrieges mit Waffen und Soldaten trotz aller Verluste als entscheidend galt, wird nun als weniger entscheidend erachtet. Stattdessen werden von den Armeeführungen asymmetrische Strategien bevorzugt, in denen Vorgehensweisen, die früher als typisch für Guerillaorganisationen erachtet wurden, mit solchen Maßnahmen kombiniert werden, die ursprünglich entwickelt wurden, um ebensolches Partisanentum zu bekämpfen. Von Asymmetrie wird gesprochen, weil eine Armee nicht mehr hauptsächlich eine andere reguläre Armee bekämpft. Auf der anderen Seite stehen nun militärisch deutlich schlechter gerüstete Einheiten. Oder es stehen sich überhaupt nur Formationen gegenüber, die nach den Regeln des alten Krieges als irregulär gelten und deren Vorgehensweise als Partisanentum oder Guerilla beschrieben werden kann.

Eine Guerilla versucht, die Herzen und Köpfe der Menschen zu erobern, auch derjenigen im Feindesland. Dabei sollen größere militärische Zusammenstöße tunlichst vermieden werden. Basen werden in entlegeneren Gebieten errichtet. Wer eine Guerilla bekämpfen will, versucht daher die Umgebung zu zerstören; also das Wasser zu vergiften, in denen sich jene wie Fische bewegen wollen. Dabei streben die Gegner:innen der Guerillas zwar ebenfalls an, die Bevölkerung politisch zu kontrollieren. Es wird aber versucht, diese Kontrolle eher dadurch zu organisieren, indem Furcht und Hass verbreitet wird, zum Beispiel durch die Vertreibung von Oppositionellen. Ziel der Aufstandsbekämpfung ist dabei, ein »feindliches Umfeld für all jene zu schaffen, die sie nicht kontrollieren kann« (ebd., S. 167). Zentraler als das offensichtliche Phänomen der Privatisierung der Gewalt erachtet Kaldor den Zusammenbruch der politischen Legitimität liberaler Institutionen, der den Boden für asymmetrische Kriege über Jahre und Jahrzehnte fruchtbar halten würde (vgl., ebd., S. 191).

Wenn es stimmt, dass der Wechsel vom Leitbild des Stellungskrieges zur Aufstandsbekämpfung auch die Politik verändert hat, braucht es ein entsprechendes Umdenken für Gegenstrategien. Das Dominantwerden des asymmetrischen Modells in Krieg sowie Innenpolitik hat mindestens zwei strukturelle Ähnlichkeiten. Zum einen wurde die militärische Gewalt in den letzten Jahrzehnten genauso privatisiert, wie private Akteure von NGOs bis Think-Tanks eine zunehmend politische Relevanz gewonnen haben. Zum zweiten nahm die Legitimität liberaler Institutio-

nen zur Konfliktvermittlung in vielen Ländern genauso ab wie die Legitimität globaler Institutionen nach dem zweiten Weltkrieg (die Tüchtigkeit und der Nutzen waren auf beiden Ebenen sowieso stets nur beschränkt vorhanden). Aufgrund dieser beiden strukturellen Ähnlichkeiten behaupte ich, dass es zwischen asymmetrischer Kriegsführung und Hegemonie im Neoliberalismus Analogien gibt, deren Verständnis bedeutsam für den Aufbau alternativer Hegemonien sein können.

Gewissermaßen ist Hegemonie immer teilweise asymmetrisch. Denn ein Akteur ist dann hegemonial, wenn er die Vorherrschaft über ausreichend viele andere Akteure hat oder diese zumindest in seine Strategie einzubinden weiß. Gegenhegemoniale Akteure sind damit meistens mit weniger Kapazitäten ausgestattet, zumindest wenn es keine Unterstützung von außen gibt. Doch Gramsci hatte historische Situationen vor Augen, in denen sich zumindest potentiell gleich hegemoniefähige Akteure gegenüberstehen. Solche Konstellationen sind in liberalkapitalistischen Demokratien rarer geworden. Die Herrschenden in solchen neoliberalen Gesellschaften verlassen sich nicht mehr hauptsächlich auf den Konsens der Mehrheit: »Die neoliberale Strategie der Kapitalakkumulation zielt gerade dahin, die Kapitaleigner aus den Kompromissen gegenüber den Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen herauszulösen.« (vgl. Demirović, 2013, S. 128)

Alex Demirović argumentiert, dass die neoliberale Strategie hauptsächlich darin besteht, über Risikogruppen zu regieren. Den Konsens dieser Gruppen erfordere es dabei nicht unbedingt:

»Nur dann, wenn bestimmte Vorkommnisse und statistische Ausschläge sich häufen und eine Denormalisierung anzeigen – also eine zu große Zahl von Erkrankungen, rechtsradikalen Aktivitäten, Immigranten aus bestimmten Ländern –, stellt sich das Problem von regulierenden Eingriffen sowohl auf der Ebene der Bevölkerungspolitik als auch auf der Ebene der individuellen Freiheiten.« (ebd., S. 136)

Deswegen plädiert er dafür, in solchen Situationen von »neoliberaler Dominanz zu sprechen« und nicht von Hegemonie, was nicht bedeutet, »dass jedes hegemoniale Moment verloren geht, sondern nur, dass es stark relativiert wird« (ebd., S. 133). Meines Erachtens gab es durchaus neoliberale Akteure, die einen hegemonialen Rang erreichten. Allerdings wandelte sich die Form der Hegemonie, wie ich gleich ausführlicher begründen werde.

Auf jeden Fall bemühen sich in neoliberal regierten Gesellschaften die herrschenden Gruppen wenig um Zugeständnisse und Konsens. Dennoch verlieren sie nicht immer ihren demokratischen Charakter, zumindest in formaler Hinsicht nicht gänzlich. Letzteres wäre in Gramscis Verständnis von Hegemonie der Fall. Er ging davon aus, dass sich Demokratien im Unterschied zu Diktaturen dadurch auszeichnen würden, hauptsächlich auf Konsens und nicht auf Zwang zu basieren. Deutschland ist aber in formaler Hinsicht offensichtlich eine parlamentarische De-

mokratie, und sei sie noch so »marktkonform«, wie es Angela Merkel als damalige Bundeskanzlerin von Deutschland ausdrückte. Verglichen mit Gramscis Vorstellungen wurde in ihrer Regierungszeit das asymmetrische Moment der Hegemonie allerdings deutlich gestärkt.

1.3. Langer Atem, Mut zur Lücke, politische Fantasie

Meine These lautet: Analog zu den Strategien, die jene des Stellungskrieges in der Kriegsführung der letzten Jahrzehnte abgelöst haben, ist neoliberale Hegemonie als asymmetrisch gebildet zu verstehen. Demnach würde die aktuelle Hegemonie weniger auf dem Konsens beruhen, der sich durch zivilgesellschaftliche Praktiken organisiert und auch nicht ausschließlich auf einen Ausbau der Zwangselemente, obwohl beides sicher noch immer eine Rolle spielt.

In Konstellationen asymmetrisch organisierter Hegemonie wird erstens *das Politische zunehmend privatisiert*. Meines Erachtens ist das die Ursache für das zunehmende Phänomen des Ausbrennens vieler politisch Aktiver und den zynischen Nihilismus, die Angst und den Hass, die in der passiven Mehrheit um sich greifen. In solchen asymmetrischen Konstellationen sind zweitens linke Kräfte auf der strukturell schwächeren Seite. Die *Eskalationsdominanz liegt also auf der Gegenseite*. Rechte und staatliche Kräfte, die sich im Falle autoritärer Regierungen bündeln, können demnach stets neue Konfliktherde eröffnen, um fortschrittliche Kräfte zu schwächen, weil diese sich aufteilen müssen oder eventuell sogar daran spalten. Im schlechtesten Fall führt dies zur selbstzerfleischenden Frage, welche Defensive wichtiger ist. Drittens zeichnen sich asymmetrische Konstellationen heute dadurch aus, dass weniger darum gerungen wird, wer die Kontrolle über die Informationsflüsse hat, sondern wer die *Fähigkeit entwickelt, Wissen zu produzieren und eine möglichst glaubhafte Interpretation einer unübersichtlichen Lage anbieten zu können*.²

Um in dieser Konstellation asymmetrischer Hegemonie adäquat handeln zu können, müssten gegenhegemoniale Akteure entsprechende Strategien entwickeln. Wenn die Regierenden heutzutage Hegemonie nach dem Vorbild der Aufstandsbekämpfung in asymmetrischen, hybriden Kriegen organisiert, dann könnte sich die Gegenseite ein Vorbild an den Strategien der Guerillas nehmen. Drei Punkte leite ich aus der These von der asymmetrischen Hegemonie für solche Strategien ab.

Erstens braucht es einen langen Atem. Wer eine asymmetrische Strategie verfolgt, sollte sich darauf einstellen, dass die großen gesellschaftlichen Konflikte nicht auf die Schnelle gewinnbar sind. Über die ökologische Transformation beispielsweise wird noch über lange Zeiträume gestritten werden. Konflikte können daher nicht hauptsächlich auf Basis ehrenamtlicher Selbstausbeutung geführt werden, weil die

2 Das kann ausführlich in einer Studie zum »kognitiven Krieg« nachgelesen werden, die für eine NATO-Denkfabrik geschrieben wurde (Vgl. du Cluzel, 2020, S. 6).

Aktiven sonst auf kurz oder lang körperlich, ökonomisch und psychisch ausbrennen. Sichere Orte in privater und beruflicher Hinsicht sollten demnach nicht in erster Linie als Rückzug oder Beschränkung auf die eigene Blase erachtet, sondern als Ausgangsbasen für zukünftige Politik organisiert werden.³

Zweitens braucht es mehr Mut zur Lücke. Es muss nicht jede skandalöse Ungerechtigkeit immer sofort politisch angegangen werden, auch wenn selbstverständlich perspektivisch jedes Unrecht bekämpft werden sollte. Die strategische Konzentration auf Kämpfe, in denen kurz- bis mittelfristig etwas politisch zu holen ist, ist in asymmetrischen Situationen genauso vonnöten, wie manche Auseinandersetzungen nicht immer frontal geführt werden können, sondern auf die schwächere Flanke der Gegenseite verlagert werden müssen. Rückzug ist keine Schande, sondern ein zentrales Mittel einer Guerilla. Es ist nur ehrlich drauf hinzuweisen, dass viele Auseinandersetzungen nicht sofort geführt werden können, selbst wenn sie vielen schon unter den Nägeln brennen. Auf welche eingegangen werden muss und welche trotz aller moralischen Wichtigkeit aufgeschoben werden sollten, kann nur in den konkreten Situationen diskutiert werden. Entscheidend ist die Einstellung, sichere Niederlagen zu vermeiden, selbst wenn sie gelegentlich mit moralischem Heroismus verbunden sein können. Doch wenn entschieden wird, eine Auseinandersetzung zu führen, dann sollte sie mit Vehemenz geführt werden. Vor disruptiven, alte Routinen aufbrechenden Mitteln sollte daher die Opposition in und außerhalb von Parlamenten wie auch in rebellischen Regierungen nicht zurückgeschreckt werden. In Form eines institutionellen Ungehorsams kann somit ein gesellschaftlicher Streit bis in die staatlichen Apparate hineingetragen werden. Der Mut zur Lücke ist allerdings nicht nur negativ dadurch zu bestimmen, dass die geführten Kämpfe realistisch gewinnbar sein müssen oder sonst nicht geführt werden sollten. Vielmehr geht es hauptsächlich darum, die eingesetzten Kapazitäten in das richtige Verhältnis zu den gesteckten Zielen zu bringen. Wenn mehr eingesetzt werden kann, könnte mehr gewonnen werden.

Der *dritte* und vielleicht wichtigste Aspekt einer asymmetrischen Strategie ist, politische Vorstellungskraft als zentralen Faktor neben Zwang und Konsens zu verstehen. Die Mentalität, in der das Ende des Kapitalismus heute fast unvorstellbar wurde, geschweige denn herbeiführbar, diese Mentalität ist durchaus eine zentrale Säule neoliberaler Herrschaft. Alternative Fantasien anzuregen, die für die passive Mehrheit der Bevölkerung attraktiv sein könnten, wäre demnach entscheidender, als bessere Argumente oder vermeintlich überzeugendere Erzählungen als die Gegenseite zu entwickeln. Aufklärung über Lügen und Fake-News sowie Fact-Checks

3 Ähnliches regt Oskar Negt an (2005, S. 158–162): Für die Zukunft der Gewerkschaften sind ihm zufolge »Politisches Mandat und Gesellschaftsutopie« genauso zentral wie die Verwurzelung in der alltäglichen Freizeit der Arbeitenden.

mögen eine Taktik unter vielen sein. Heute ist die Einsicht relevanter, dass der Kampf gegen Desinformationen nicht zu gewinnen ist.⁴

Entscheidender wird es sein, eine für die passive Mehrheit attraktive politische Fantasie auszubilden. Im Folgenden konzentriere ich mich deswegen auf diesen Punkt.

2. Was sind politische Fantasien?

Meinen neuen Begriff von politischen Fantasie entwickle ich vor dem Hintergrund einer älteren Debatte. Sie stieß der Soziologe Karl Mannheim vor einem knappen Jahrhundert mit dem Buch *Utopie und Ideologie* (1995 [1929]) an. Besonders relevant finde ich, wie der Philosoph Paul Ricœur an Mannheim anschließt.

Utopie und Ideologie klingt nach einem Gegensatz. Utopien verheißen Befreiung beziehungsweise stellen unverwirklichbare Ideen dar, je nach Blickwinkel. Ideologien rechtfertigen Herrschaft beziehungsweise verzerren die Wirklichkeit. Ricœurs These lautet, es handelt sich bei Utopie und Ideologie um zwei Seiten der »social and cultural *imagination*« (1986, S. 1). Es würde ihnen jeweils eine konstruktive und eine destruktive Rolle zukommen: »In turn, my conviction, or at least my hypothesis, is that the dialectic between ideology and utopia may shed some light on the unsolved general question of imagination as a philosophical problem.« (Ebd.) Während den Utopien leicht Tendenzen zur Realitätsflucht nachgewiesen werden könne, würden Ideologien zu Recht als verzerrte Wahrnehmung beschrieben. Neben diesen destruktiven Rollen würde beiden gleichzeitig jeweils eine konstruktive Rolle zukommen. Im Falle der Ideologien sei dies die der Integration von Gemeinschaften, im Falle der Utopien die der Subversion. Einzelne Utopien würden viele verschiedene, auch widersprüchliche Inhalte und Themen haben, doch ihre Funktion bestehe stets darin, vom Standpunkt einer vorgestellten, anderen Gesellschaft auf die bestehenden Verhältnisse zu blicken und »alternative Weisen des Lebens« (ebd., S. 16) aufzeigen.⁵ Die Ricœur zufolge notwendige, ideologische Integration

4 Wenn solche Kampagnen von staatlichen oder anderen hegemonialen Apparaten losgetreten werden, ganz abgesehen von den Betreibern der Sozialen Medien, die sie unterstützten und von den Reichsten dieser Erde besessen werden, also deren Kapital im Rücken haben; in solchen Situationen ist es aussichtslos, darauf zu setzen, die eigene Wahrheit durchsetzen zu wollen, indem sie immer wieder betont wird. In manchen Situationen mag es sogar erfolgsversprechender sein, in die Schlamm Schlacht einzusteigen und autoritäre Versuche, möglichst Wissen über die Bevölkerung und die aktive Minderheit zu sammeln, eher dadurch zu sabotieren, noch mehr Meinungen, Informationen und Daten durch die öffentliche Manege zu treiben.

5 Einen ausführlichen Überblick zum Thema Utopien und Science-Fiction-Literatur über Gesellschaften ohne Privateigentum bietet Annette Schlemms Kapitel in diesem Sammelband.

einer menschlichen Gemeinschaft müsse stets durch die utopische Subversion ergänzt werden: »The reflexivity of the process of integration occurs by means of the process of subversion« (ebd., S. 17).

Um Ricœurs Konzepte von Ideologie und Utopie verstehen zu können, müssen seine theoretischen Bezugspunkte zumindest grob skizziert werden. Obwohl er in den Vorlesungen, die dem Buch zugrunde liegen, seinen Begriff von Ideologie, insbesondere ihre verzerrende Seite, aus seiner Marx-Lektüre ableitet, wendet sich Ricœur gegen die Behauptung, Utopien seien unwissenschaftlich. Marx und Engels selbst bezeichneten nämlich ihre sozialistischen Vorläufer:innen abwertend als utopistisch. Im *Manifest der kommunistischen Partei* schreiben sie, die utopischen Frühsozialist:innen würden »auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit« erblicken: »Sie verwerfen daher alle politische, namentlich alle revolutionäre Aktion, sie wollen ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen und versuchen, durch kleine, natürlich fehlschlagende Experimente, durch die Macht des Beispiels dem neuen gesellschaftlichen Evangelium Bahn zu brechen« (Marx/Engels, 1977 [1848], S. 490). Später prägte Engels die Parole, dass der Sozialismus »von der Utopie zur Wissenschaft« übergehen müsse (1987 [1880], S. 177). Utopien wären insofern ideologische Vorstellungen, weil sie nicht wissenschaftlich sind.

Nun besteht das Problem der soziologischen und marxistischen Ideologiekritiken Ricœur zufolge darin, dass jede menschliche Praxis bereits eine symbolische Dimension habe und darin überhaupt erst die Möglichkeit von Ideologie begründet sei. Ideologie sei schon alleine deswegen nicht als Gegensatz zu wissenschaftlichen Ansichten beziehungsweise realer Praxis anzusehen: »This symbolic structure can be perverted, precisely by class interests and so on as Marx has shown, but if there were not a symbolic function already at work in the most primitive kind of action, I could not understand, for my part, how reality could produce shadows of this kind.« (Ricœur, 1986, S. 8) Ideologien könnten demnach nicht einfach durch Vergleich mit der eigentlichen gesellschaftlichen Praxis entzaubert werden. Jedes menschliche Handeln schließe immer auch gleichzeitig ein Interpretieren ein, was wiederum erst die Möglichkeit für intentional verzerrte, also ideologische Wahrnehmung biete. Wenn dies in Marxismus oder Soziologie bestritten werde, dann führe das laut Ricœur stets zu einem immer weiter ausgedehnten Verständnis von Ideologie, mit dem aber dann schwieriger erklärbar sei, was nun eigentlich noch als unideologisch gelten dürfe. Ricœur pointiert dies mit einem Verweis auf das sogenannte Mannheim-Paradox.

2.1. Die Utopie-versus-Ideologie-Debatte

Die erste Auflage von Mannheims *Ideologie und Utopie* erschien schon 1929, also Jahrzehnte vor Ricœurs Vorlesung. Das »utopische Bewußtsein« definiert Mannheim als Denken, das sich mit der gesellschaftlichen Situation nicht übereinstimmt und

»in das Handeln übergehend, die jeweils bestehende Seinsordnung zugleich teilweise oder ganz sprengt« (1995 [1929], S. 169). Das unterscheide das Utopische vom Ideologischen, welches sich zwar auch nicht mit der »jeweils bestehenden Seinsordnung« (ebd.) decken würde, aber die bestehende Ordnung dennoch reproduziere. Auch Ideologien gelangen »niemals zur Verwirklichung des in ihnen vorgestellten Gehaltes« (ebd., S. 171). Utopien transformieren darüber hinaus eine gesellschaftliche Realität:

»Utopien sind auch seinstranszendent, denn auch sie geben dem Handeln eine Orientierung an Elementen, die das gleichzeitig verwirklichte Sein nicht enthält; sie sind aber nicht *Ideologien* bzw. sie sind es insofern und in dem Maße nicht, als ihnen gelingt, die bestehende historische Seinswirklichkeit durch *Gegenwirkung* in der Richtung der eigenen Vorstellungen zu transformieren.« (ebd., S., 172)

Um Mannheims Theorie einordnen zu können, lohnt es, sich die Debatte seiner Zeit zum Thema Utopie zu vergegenwärtigen.

Der ursprüngliche Gedanke stammt von einem Anarchisten. Gustav Landauer argumentiert in *Die Revolution*, dass sich Zeiten von Herrschaft und Zeiten von Befreiung abwechseln. Geschichte interpretiert er als eine immer wiederkehrende Abfolge von herrschaftlichen Topien und revolutionären Utopien:

»Unter Utopie verstehen wir ein Gemenge individueller Bestrebungen und Willenstendenzen, die immer heterogen und einzeln vorhanden sind, aber in einem Moment der Krise sich durch die Form des begeisterten Rausches zu einer Gesamtheit und zu einer Mitlebensform vereinigen und organisieren: zu der Tendenz nämlich, eine tadellos funktionierende Topie zu gestalten, die keinerlei Schädlichkeiten und Ungerechtigkeiten mehr in sich schließt.« (Landauer, 1907, S. 13)

Utopische Impulse würden alte Topien zwar aufbrechen, aber letztendlich wieder in neuen Topien gerinnen und so eine neue Herrschaft etablieren.

Landauers Theorie der Utopie inspirierte nicht nur Mannheims Buch (vgl. Mannheim, 1995 [1929], S. 170–174). Auch Bloch versuchte früh, die politisch-romantischen Impulse des utopischen Denkens aufzunehmen. Sein Werk gipfelte in dem Versuch, die utopische Tradition mit dem marxistischen Interesse für reale Widersprüche zu versöhnen. In *Das Prinzip Hoffnung* arbeitet er die Widersprüche in Utopien genauso heraus, wie er utopische Momente in zahlreichen anderen kulturellen Werken von Architektur über Musik bis hin zu Tagträumen aufspürte. Deswegen kann er argumentieren, »utopische Fantasie« müsse nicht immer über den Dingen schweben, sondern könne auch mit »der Welt« korrelieren (Bloch, 1985 [1954], S. 224). Das träfe aber nicht auf alle Utopien zu. Die mit keiner Wirk-

lichkeit zumindest teilweise vermittelbaren Utopien nennt Bloch abstrakt. Davon möchte er »konkrete Utopien« unterschieden wissen, die an reale Tendenzen und latente Möglichkeiten der Geschichte anknüpfen (Bloch, 1985 [1954], S. 727). Dieses Argument ähnelt dem, wie Mannheim absolute und relative Utopien unterscheidet.

Aus der Sicht derer, die eine bestehende Ordnung in ihren Grundsätzen »bewusst oder unbewusst« (Mannheim, 1995 [1929], S. 173) erhalten und bewahren wollen, ist in Mannheims Worten jede Vorstellung von einem größeren gesellschaftlichen Wandel »*absolut utopisch*« (ebd., kursiv i. O.), also grundsätzlich nicht verwirklichtbar. Diese Konservativen würden damit allerdings viele Vorstellungen abkanzeln, die Mannheim als »relativ Utopisches« (ebd.) bezeichnet, weil sie eben nur in einer gegebenen Ordnung nicht verwirklicht werden können. Ordnungen können aber abgelöst werden.

Mannheim benennt selbst ein Problem seiner Definition von Utopie und Ideologie. Es besteht darin, dass damit jede konkrete Unterscheidung zwischen Utopie und Ideologie eine wertende Entscheidung sei. Laut Mannheim wird das Utopische stets aus der Sicht der herrschenden Gruppe definiert. Umgekehrt werde erst aus der Perspektive einer aufstrebenden Gruppe das Ideologische kenntlich. Das mache es so schwer, beides in einer konkreten Situation zu bestimmen. Verkompliziert wird die Sache aus Mannheims eigener Sicht weiter durch folgenden Umstand: »Utopien aufstrebender Schichten sind oft weitgehend mit ideologischen Elementen durchsetzt.« (ebd., S. 177) Doch rückblickend gebe es ein klares Kriterium, um Ideologien und Utopien zu unterscheiden: »Die gewordenen Wirklichkeiten der Vergangenheit entziehen weitgehend dem Kampfe der bloßen Meinungen die Beurteilung dessen, was von den früheren seinstranszendenten Vorstellungen als wirklichkeitssprengende relative Utopie und was als wirklichkeitsverdeckende Ideologie zu gelten hat.« (ebd., S. 178) Die Frage müsse demnach sein: Sind Vorstellungen verwirklicht worden oder nicht? Wenn ja, dann handele es sich um relative, also realistische oder konkrete Utopien. Wenn nein, dann seien es Ideologien.

An diesem Beispiel lässt sich gut Mannheims Methode erläutern. Stets möchte er zeigen, wie politische Bekenntnisse im Sinne der eigenen Weltanschauung das Wahrnehmen und Erkennen der Gesellschaft vorstrukturieren. Denn eine jede »Erkenntnishaltung« speise sich aus dem jeweiligen »Weltgefühl« (ebd., S. 176; S. 173). Mannheims Methode besteht nun darin, »die in der Wirklichkeit selbst vorhandenen struktiven Momente – die nur nicht immer augenfällig sind – zu rekonstruieren« (ebd., S. 176). Indem Mannheim verschiedene Perspektiven vergleichend aufeinander bezieht, hofft er, die jeweiligen ideologischen Elementen würden sich möglichst gegenseitig neutralisieren.

Denn Utopien und Ideologien zu unterscheiden ist Mannheim zufolge kein neutraler Akt. Die Unterscheidung ist nämlich eine Frage der Perspektive: »Es handelt sich hierbei nämlich stets um eine wertende und messende Vorstellung, bei deren Vollzug man unvermeidlich an den Wollungen und an dem Lebensgefühl

der um die Beherrschung der historischen Wirklichkeit ringenden Parteien partizipieren muß.« (ebd., S. 172) Ideologien können demnach als die Vorstellungen der Herrschenden definiert werden; Utopien als die Vorstellungen der Beherrschten.⁶ Wenn allerdings sowohl die unterdrückten als auch die unterdrückenden Gruppen einer Gesellschaft »unwirklichen« (ebd., S. 171) Vorstellungen anhängen würden, dann stellt sich die Frage, wer bestehende Verhältnisse überhaupt korrekt erkennen könne.

Daraus leitet sich das sogenannte Mannheim-Paradox ab. Ricœur formuliert es wie folgt: »[...] if everything that we say is bias, if everything we say represents interests that we do not know, how can we have a theory of ideology which is not itself ideological?« (1986, S. 8) Ricœur versucht dieses Paradox zu umgehen, indem er eben Ideologien und Utopien positive Seiten abgewinnen kann, die sich gegenseitig in ihren Nachteilen neutralisieren würden:

»My own conviction is that we are always caught in this oscillation between ideology and utopia. There is no answer to Mannheim's paradox except to say that we must try to cure the illnesses of utopia by what is wholesome in ideology – by its element of identity, which is once more a fundamental function of life – and try to cure the rigidity, the petrification, of ideologies by the utopian element.« (ebd., S. 312)

Zusammengefasst lautet Ricœurs These, dass Ideologien notwendig für die Integration menschlicher Gemeinschaften sind. Wie eine Gemeinschaft von den integrierten Mitgliedern wahrgenommen wird, werde durch die Ideologien allerdings verzerrt. Diesen Nachteil von Ideologien würde utopisches Denken mit seiner subversiven Kraft neutralisieren können, weil dadurch alternative Möglichkeiten aufgezeigt werden können. Die utopische Sicht zeige aber wiederum nicht nur mögliche Alternativen zum Bestehenden auf, sondern neige ebenso zur Realitätsflucht. Daher könne sie nur mit der identitätsstiftenden Funktion von Ideologien wieder eingefangen werden, die den Zusammenhalt von Gemeinschaften stiften würden. Ricœurs Argumentation lässt nur einen Schluss zu: Utopien wie Ideologien sind notwendige Elemente jeder menschlichen Gesellschaft.

6 Wer Mannheim kennt, wird bemerken, wie ich hier seine Gedanken in meiner Sprache ausdrücke. Denn er spricht von »in Opposition getriebene Schichten«, nicht von Beherrschten; und von »Vertreter einer bestimmten Seinswirklichkeit«, nicht von Herrschenden: »Als Utopie bezeichnen die Vertreter einer bestimmten Seinswirklichkeit alle jene Vorstellungen, die von ihnen aus gesehen prinzipiell niemals verwirklicht werden können.« (Mannheim, 1995 [1929], S. 172, kursiv i. O.)

2.2. Kontext ist entscheidend: Stabilisierende und politische Fantasien

Um eines vorwegzunehmen: Die Behauptung einer überhistorischen Notwendigkeit versuche ich in meinem Verständnis von politischen Fantasien zu vermeiden. Ricœur ignoriert damit nämlich eine wesentliche Tendenz im utopischen Denken. Offensichtlich geht er nicht auf die Selbstreflexion des utopischen Denkens ein, die in den 1970er- und 80er-Jahren unter anderem im Feminismus stattgefunden hat: darunter Science-Fiction-Literatur wie der anfangs bereits erwähnte Roman *Er, Sie und Es* von Marge Piercy (2002 [1991]), Ursulas K. Le Guins *Freie Geister* (2017 [1974]), aber beispielsweise auch das utopische Manifest *Frauenbefreiung und sexuelle Revolution* von Shulamith Firestone [1975 [1970)].

Sich auf solche feministischen Utopien beziehend hat Angelika Bammer dafür argumentiert, utopisches Denken als feministische *Partial Visions* wiederzubeleben: »My goal is to replace the idea of a *utopia* as something fixed, a form to be fleshed out, with the idea of *the utopian* as an approach toward, a movement beyond set limits into the realm of the not-yet-set.« (Bammer, 1991, S. 9) Das utopische Denken des Feminismus dieser sogenannten zweiten Welle wurden auch von anderen so interpretiert, dass es ein selbstreflexives Prinzip im Kanon des Utopischen etabliert hat: »It is no longer the exhibit of an achieved Utopian construct, but rather the story of its production and of the very process of construction as such.« (Jameson, 2007, S. 217) In den Debatten, die diese Selbstreflexion hervorgerufen haben, wurden auch feministisch informierte Ansätze vertreten, die sich direkt auf die Ideologie-Utopie-Thesen von Mannheim und Ricœur bezogen.

Da wäre zum Beispiel die Utopieforscherin Ruth Levitas. Sie betont, wie entscheidend Mannheims Verbindung von Wissen und praktischen Handlungen ist:

»He makes the point that thought is not a process of contemplation but is intrinsically bound up with action; this action is collective; and its guiding principle is the will to preserve or to change existing conditions. It is an insistence which fits well with his contention that ideology and utopia are forms of thought which can be understood only in terms of the projects of the social groups concerned.« (Levitas, 2011 [1990], S. 93)

Daran knüpft sie an, wenn sie »the desire for a better way of being« (ebd., S. 221) eines konkreten Kollektivs in einer konkreten Situation als den Kern ihres Verständnisses von Utopie definiert.

Ricœur definiert das Utopische deutlich neutraler als Levitas. Einzelne Utopien würden ihm zufolge viele verschiedene, auch widersprüchliche Inhalte und Themen haben. Doch ihre Funktion bestünde stets darin, vom Standpunkt einer vorgestellten, anderen Gesellschaft auf die bestehenden Verhältnisse zu blicken und »alternative Weisen des Lebens« aufzeigen zu können (vgl. Ricœur, 1986, S. 16). Im Gegen-

satz dazu definiert Levitas Utopien als »bessere Weisen des Seins« parteiischer (vgl. 2011 [1990], S. 209). Ricœurs Ansatz, die Funktionen von utopischen und ideologischen Vorstellungen herauszuarbeiten, scheint mir hier trotz meiner Kritik an der mangelnden historischen Konkretion seiner Kategorien an dieser Stelle als weiterführender.

Dennoch schlage ich einen neuen Begriff von politischer Fantasie vor. Ein Grund liegt darin, dass ich Ricœurs konservative These nicht teile, nach der Ideologien notwendig für den sozialen Zusammenhalt sind. Dabei handelt es sich meines Erachtens eher um historisch gewordene, also vergängliche Vorstellungen.⁷

Fantasie trägt schon auf der wörtlichen Ebene sowohl das eskapistische wie verzerrende Element in sich. In der Perspektive des Begriffs politischer Fantasie sollen Rationalität und Irrationalität nicht schon im Vorhinein absolut gegenübergestellt werden, sondern als umkämpfte und auch widersprüchlich in einander verschlungene Elemente analysiert werden können. Dafür unterscheide ich stabilisierende von politischen Funktionen.

Die Funktion stabilisierender Fantasien besteht darin, bestehende Verhältnisse zu unterstützen. Sie tragen also dazu bei, bestehende Hierarchien zu stärken. Politische Fantasien tragen dazu hingegen dazu bei, gesellschaftliche Hierarchien zu verändern. Manche animieren mehr zum Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Ausschlüsse. Andere tragen eher dazu bei, Hierarchien zu verschärfen.

3. Fazit

Die Beziehung von Fantasie und Macht wird von manchen hier zitierten Autor:innen zu unhistorisch bestimmt. Utopien und Ideologien sind etwa Ricœur zufolge stets notwendig, um menschliches Zusammenleben zu organisieren. Ideologien würden Identitäten stiften und damit den Zusammenhalt von Gesellschaften garantieren. Gleichzeitig würden sie zu einer verengten Wahrnehmung ihrer Mitglieder führen. Utopisches Denken könne andere Möglichkeiten aufzeigen. Doch Utopien würden die Realität auf andere, eskapistische Weisen verleugnen. Ricœur hofft daher auf die integrative Funktion von Ideologien. So könnten sich die Nachteile von Ideologien und Utopien gegenseitig kompensieren.

Zwar kann mein Begriff der politischen Fantasie von Ricœurs Überlegungen zur sozialen und kulturellen Imagination lernen. Angesichts der oben angerissenen Selbstreflexion des utopischen Feminismus ist die unhistorische Allgemeingültigkeit nicht zu halten, mit der Ricœur integrierende, aber verzerrende Ideologien sowie subversive, aber potentiell eskapistische Utopien unterscheidet.

7 Für eine historisierende Ideologietheorie vgl. Rehmann, 2008.

Utopien und Ideologien erhalten bei Ricœur einen anthropologischen Status. Meine Perspektive hat einen deutlich bescheideneren Anspruch als die Ricœurs. Ich wage nicht zu behaupten, dass politische Fantasien immer und überall, wo menschliche Gemeinschaften existieren, eine entscheidende Rolle gespielt hätten. Vor allem behaupte ich nicht, dass es in Zukunft immer so sein muss. Abgesehen davon, dass Erfahrungen, die noch gemacht werden, die Feindinnen jeder Prognose sind: Ich habe am Anfang dieses Textes argumentiert, dass politische Fantasien gerade in Situationen asymmetrischer Hegemonien bedeutsam werden.

Gramsci betonte den Faktor Konsens in symmetrisch gebildeten Hegemonien. Er hatte Konstellationen vor Augen, in denen sich strukturell gleich potente Akteure gegenüberstehen. Solche Momente sind im Kapitalismus durch die neoliberalen Entwicklungen rarer geworden. Das Politische wurde zunehmend privatisiert, linke Kräfte sind oft auf der strukturell schwächeren Seite und die Eskalationsdominanz liegt somit eher auf deren Gegenseite. Die Fähigkeit, möglichst glaubhafte Deutungen der aktuellen Lage zu entwickeln, wird entscheidender als die Kommunikationsflüsse selbst zu kontrollieren. Heutzutage kommen die Menschen in liberalkapitalistischen Demokratien an Informationen. Unwissen ist also nicht das Problem.

Hegemonien werden heute oftmals asymmetrischer gebildet. Gramsci hatte hegemoniale Apparate vor Augen, deren Machtanspruch von zumindest potentiell gleich mächtige Parteien herausgefordert wurden. Heute gibt es oft Konstellationen, in denen es nicht mehrere hegemoniefähige Akteure in diesem starken Sinn gibt – oder gar keinen. Die Regierenden organisieren in solchen asymmetrischen Situationen ihre Hegemonie nach dem Schema der Aufstandsbekämpfung in hybriden Konflikten. Wer dem etwas entgegensetzen möchte, kann sich von Strategien der Guerillas inspirieren lassen.

Das habe ich in drei Punkten deutlich gemacht. Gewerkschaften und andere am sozialen Fortschritt interessierte Akteure sollten *erstens* nicht versuchen, große gesellschaftliche Konflikte auf die Schnelle zu gewinnen. Vielmehr gilt es, die Kapazitäten für einen langen Atem zu schaffen, damit die eigenen Kräfte nicht ständig zermürbt werden kann. Es sollte *zweitens* versucht werden, nicht jede sprichwörtliche Sau retten zu wollen, wenn diese durch das mediale Dorf getrieben wird. Es gilt sich auf Kämpfe zu konzentrieren, die realistisch gewonnen werden können. Vor anderen Auseinandersetzungen sollte ein taktischer Rückzug erwogen werden. Sichere Niederlagen sind zu vermeiden. Wenn Auseinandersetzungen geführt werden, dann mit dem vehementen Einsatz der jeweils nötigen Mittel. Politische Fantasie müsste *drittens* als ein entscheidender strategischer Faktor anerkannt werden. Zwang und Konsens haben ihre Relevanz zwar nicht verloren. Heute gilt es aber nicht nur die Herzen und Köpfe der Menschen zu erreichen; es muss ihre Vorstellungskraft berührt werden. Wer beispielsweise Science Fiction schreibt, kann intellektuell zwischen politischen Einsichten und massenkulturellen Bedürfnissen vermitteln.

In Gewerkschaften werden selten Begriffe aus der politischen Philosophie diskutiert. Dass es sich aber wider manches Erwarten auch lohnen könnte, dafür stritt Oskar Negt sein Leben lang. Er argumentiert, dass ein philosophisch gesättigtes Verständnis von Utopie sogar notwendig wäre, um das Überleben der Gewerkschaften sicherzustellen: »Mit Gesellschaftsutopie meine ich nicht den abstrakten Entwurf, der jenseits der Realität angesiedelt ist, sondern das Aufgreifen und Bündeln der in den Menschen selber steckenden Entwurfsphantasien von einem gerechten und lebenswerten Leben« (Negt 2005, S. 160).

Science Fiction und utopische Literatur mögen die Fantasie des einen oder der anderen anregen. Mit dem Träumen ist es aber wie mit dem Denken; alle können es nur selber tun.

Literaturverzeichnis

- Bammer, Angelika (1991): *Partial Visions: Feminism and Utopianism in the 1970s*. New York: Routledge.
- Bloch, Ernst (1985 [1954]): *Das Prinzip Hoffnung*. 3 Bände. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Demirović, Alex (2013): »Ist der Neoliberalismus hegemonial? Gramscis Hegemoniekonzept und Sicherheit als Herrschaftsform«. In: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik* 32(62), S. 127–139. DOI: 10.5169/seals-651984.
- du Cluzel, François (2020): »Cognitive Warfare«. In: *Innovation Hub*, https://www.innovationhub-act.org/sites/default/files/2021-01/20210122_CW%20Final.pdf (letzter Zugriff: 03.01.2025).
- Engels, Friedrich (1987 [1880]): »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«. In: *Karl Marx Friedrich Engels Werke*. Band 19. Berlin: Dietz, S. 177–228.
- Firestone, Shulamith (1975 [1970]): *Frauenbefreiung und sexuelle Revolution*. Übersetzt von Gesine Strempel. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Gramsci, Antonio (1991ff. [1929–35]): *Gefängnishefte*. In 10 Bänden hrsg. von Klaus Bochmann/Wolfgang F. Haug. Hamburg: Argument [hier ausgabenneutral zitiert nach Heft und Paragraf plus Seitenzahl dieser Ausgabe: (Gramsci, H. X § Y, S. Z)].
- Harcourt, Bernard E. (2019): *Gegenrevolution. Der Kampf der Regierungen gegen die eigenen Bürger*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Jameson, Fredric (2007): *Archaeologies of the Future: The Desire Called Utopia and Other Science Fictions*. London: Verso.
- Kaldor, Mary (2007): *Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Landauer, Gustav (1907): *Die Revolution*. Frankfurt a.M.: Rütten & Loening.

- Le Guin, Ursula K. (2017 [1974]): *Freie Geister. Eine zwiespältige Utopie*. Aus dem Amerikanischen von Karen Nölle. Frankfurt a.M.: Fischer TOR.
- Levitas, Ruth (2011 [1990]): *The Concept of Utopia*. Erw. Neuaufl. Oxford: Peter Lang.
- Mannheim, Karl (1995 [1929]): *Ideologie und Utopie*. 8. Aufl. Frankfurt a.M.: Klostermann.
- Marx, Karl/Friedrich Engels (1977 [1848]): »Manifest der Kommunistischen Partei«. In: *Karl Marx Friedrich Engels Werke*. Band 4. Berlin: Dietz, S. 459–493.
- Negt, Oskar (2005): *Wozu noch Gewerkschaften?* Göttingen: Steidl.
- Piercy, Marge (2002 [1991]): *Er, Sie und Es*. Deutsch von Heidi Zerning. Hamburg: Argument.
- Porcaro, Mimmo (2013): »Occupy Lenin«. In: *Luxemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/occupy-lenin/> (letzter Zugriff: 03.01.2025).
- Rehmann, Jan (2008): *Einführung in die Ideologietheorie*. Hamburg: Argument.
- Ricœur, Paul (1986): *Lectures on Ideology and Utopia*. Hrsg. von George H. Taylor. New York: Columbia University Press.

Solidarität, mit vielen Menschen zusammen etwas erkämpfen, für viele Menschen echte Verbesserungen schaffen, das ist für mich als Vertrauenskörperleitung eine der wichtigsten »Funktionen«. Als gelernte Industriemechanikerin und Bauzeichnerin habe ich nicht die Möglichkeiten, aber in meinen Ehrenämtern schon. SciFi klingt immer nach Fantasie oder Unerreichbarem, aber viele der Ideen aus der SciFi konnten bis heute, zum Guten wie leider auch zum Schlechten, umgesetzt werden.

Ich denke immer über den Tellerrand hinaus, ich möchte mich nicht von bestehenden Formen beschränken lassen. Viele Blickwinkel, viele Möglichkeiten und dabei versuchen, das Beste daraus zu machen.

Sabine Kitzer

Industriemechanikerin und Bauzeichnerin

Betriebsrätin und Vertrauenskörperleiterin der IG Metall bei Rohde & Schwarz GmbH & Co. KG